

Presse-Information

11. März 2010

Soziale Wohnraumförderung bedarfsgerecht sichern, energetische Modernisierung weiter fördern und Mietrecht zielgenau anpassen

VdW Rheinland Westfalen veröffentlicht Positionen zur Landtagswahl 2010

Düsseldorf – "Angesichts der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft ist das Angebot von bezahlbarem und qualitativ gutem Wohnraum für eine breite Bevölkerungsschicht von großer Bedeutung", erklärte Alexander Rychter, Verbandsdirektor des VdW Rheinland Westfalen, anlässlich der Veröffentlichung der Forderungen und Positionen des Verbandes zur Landtagswahl am 9. Mai. Nordrhein-Westfalen sollte daher mindestens eine Milliarde Euro im Jahr für die soziale Wohnraumförderung bereitstellen. Die zukünftige Landesregierung müsse sich dafür einsetzen, dass die Rückflüsse aus der Förderung des sozialen Wohnungsbaus auch über 2013 hinaus zweckgebunden für die Wohnraumförderung eingesetzt werden.

Auch das Mietrecht müsse angepasst werden, forderte der Verbandschef, damit eine Refinanzierung energiesparender Investitionen unterstützt werde. "Dazu gehört auch, dass Baumaßnahmen im Rahmen einer energetischen Sanierung vom Mieter geduldet werden müssen und nicht zu einer Mietminderung berechtigen", erklärte Rychter. Er betonte, dass das CO₂-Gebäude-sanierungsprogramm den Wohnungsunternehmen ermögliche, energetische Modernisierung ökonomisch vertretbar durchzuführen. Hier sei die Landesregierung gefordert, darauf hinzuwirken, dass dieser wichtige Baustein für den Klimaschutz und die Optimierung der Finanzierungsstruktur auf hohem Niveau fortgeführt werde. Der VdW Rheinland Westfalen fordert darüber hinaus einen Verzicht auf eine Verschärfung der Anforderungen an das energiesparende Bauen und die Einführung von neuen Nachrüst- und Nutzungspflichten. Ebenso lehnt er eine Pauschalierung der Unterkunfts- und Heizkosten nach SGB II ab. "Pauschalierungen würden die soziale Segregation in Städten Nordrhein Westfalens weiter verstärken", so Rychter.

Den Veränderungen durch den demographischen und sozialen Wandel in den Städten kann nur wirksam begegnet werden, wenn die Städtebauförderung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen mindestens auf gleichem Niveau langfristig fortgeführt wird. Dabei muss der Stadtumbau West flexibel gestaltet und mit einer starken wohnungswirtschaftlichen Komponente ausgestaltet werden. "Neben dem Stadtumbau ist gerade auch der altengerechte Umbau von Wohnungen von zunehmender Bedeutung. Auch hier bedarf es weiterer finanzieller Förderung", erklärte Rychter.

Der VdW Rheinland Westfalen fordert zudem eine Rücknahme der Änderung der Gemeindeordnung zulasten der wirtschaftlichen Betätigung kommunaler Wohnungsunternehmen. Im Zusammenhang mit der geplanten Stärkung der wirtschaftlichen Tätigkeit von Stadtwerken sollte diese auch wieder für die kommunale Wohnungswirtschaft vergrößert werden. Die vom VdW Rheinland Westfalen vertretene Wohnungs- und Immobilienwirtschaft ist und bleibt verlässlicher Partner der Städte, benötigt dafür aber auch verlässliche Rahmenbedingungen.

Die zehn Positionen und Forderungen des VdW Rheinland Westfalen finden Sie im Anhang dieser Meldung.